

# Leipziger Tageblatt

und

## Anzeiger.

N<sup>o</sup> 93.

Donnerstag, den 3. April.

1834.

Dritte Plenarsitzung der Stadtverordneten zu Leipzig, im Jahre 1834.

Gehalten am 29. Januar.

Nach einigen den Geschäftsgang des Collegium betreffenden Vorbemerkungen verlas der Vorsteher ein Communicat des Magistrats im Betreff der von demselben für zeitgemäß erachteten, unter besonderen Bedingungen vorzunehmenden, Veräußerung der vor der Johannisvorstadt befindlichen Cholerahäuser, womit die Stadtverordneten sich völlig einverstanden erklärten.

Auf ein von Herrn Sparig eingereichtes Gesuch um seine Entlassung aus der Zahl der Stadtverordneten erklärten Letztere unter Berücksichtigung der diesem Ansuchen beigefügten Gründe, daß der Willfährigkeit desselben ihrer Seite kein Bedenken entgegenstehe, und beschloßen, den Magistrat hiervon Anzeige zu erstatten, sowohl Herrn Sparig, da derselbe wegen einer wider ihn erhobenen, dem Collegio früher nicht bekannt gewesenen Anklage, welche ihn genöthiget, in der letztverfloßenen Zeit der Theilnahme an den Verhandlungen sich zu enthalten, durch Urtheil und Recht in Mangel Verdachts ausgesprochen worden, ihr Bedauern über dessen Resignation zu erkennen zu geben.

In einem hierauf vorgetragenen Communicat bezeichnete der Magistrat die wesentlichsten Punkte hinsichtlich der beabsichtigten Veräußerung des Vorwerks Maschwitz, über welche derselbe nach angestellten sorgfältigen Erörterungen eine anderweite Erklärung der Stadtverordneten für nöthig befunden. Das Collegium trat den Ansichten des Magistrats in Allem bei, fügte aber gleichzeitig in Absicht auf die Veräußerung selbst einige Vorschläge hinzu, wodurch man die möglichen verschiedenen Interessen der Licitanten mit dem Vortheile der Commun vereinigen zu können glaubte.

Ferner wurde das Collegium vom Magistrate benachrichtigt, daß derselbe im Einverständnisse mit den in Bezug auf die Anlegung von Eisenbahnen eröffneten Ansichten und Wünschen des ersteren, das in Folge der Verhandlungen der hohen Ständeversammlung bereits mit der Erwägung des gedachten Gegenstandes beschäftigte königl. hohe Ministerium des Innern in einem, von der betreffenden Vorsteherung der Stadtverordneten begleiteten, die große Wichtigkeit der Eisenbahnen für Sachsen im Allgemeinen berührenden Memorial ersucht habe, diese Angelegenheit auch zu einem, dem Verkehr der Stadt Leipzig förderlichen Resultate zu führen.

Sodann wurde eine Mittheilung des Magistrats vorgelesen, worin derselbe in Erwiderung auf den früheren Antrag der Stadtverordneten, daß dem königl. Oberpostamte, um dasselbe zur Erhaltung seiner Expeditionen in deren dermaligen Localien zu vermögen, die Bereitwilligkeit der Commun zur Anlegung einer neuen Durchfahrt vom Thomaskirchhofe nach der Promenade, zu erkennen gegeben werden möchte, die Hindernisse auseinandersetzte, welche der gewünschten Erhaltung der Postexpeditionlocalien an deren zeitherigen Stelle eben so, wie der Einrichtung eines Posthauses an einem andern Platze der innern Stadt sich entgegenstellten, und somit die Verlegung der Post in die Vorstadt nöthig machten. Zugleich eröffnete der Magistrat die mehrfachen Gründe, welche denselben, nachdem das königl. Oberpostamt bereits im October vorigen Jahres den Wunsch, den größten Theil der Esplanade vor dem Petersthore zur Erbauung eines neuen Posthauses eingeräumt zu erhalten, mit der Frage an den Magistrat gebracht, ob und unter welchen billigmäßigen Preisbedingungen dieser Platz werde abgetreten werden können, zu der Erklärung hierauf bewogen, daß dieser Wunsch zur Erfüllung nicht